

Montagsdemo!

Weg mit Hartz IV!

**Sie fangen da an, wo die andern
aufgehört haben!**

„Die Bundestagswahl war das Spiegelbild der seelischen Verfassung der Bevölkerung ... sie waren in Wirklichkeit eher Verzweifelte über eine Politik, die offensichtlich schon überfordert ist, unsinniges Lohndumping aus Osteuropa zu verhindern.“¹

„Im Angesicht von Ungeheuerlichkeiten offen zur Schau gestellter Raffgier ... warten ... Arbeitnehmern auf den nächsten Schlag aus den Konzernetagen, der sie in die Arbeitslosigkeit und anschließend, auch wenn sie 30 Jahre gearbeitet, Steuern- und Beiträge bezahlt und Kinder groß gezogen haben, mit Hilfe von Hartz IV auf die unterste Sprosse der sozialen Stufenleiter befördert, als ob sie in ihrem Leben nie einen Hammer in die Hand genommen hätten.“¹

Wer zockt eigentlich wen ab?

„Wenn beide Parteien so weitermachen wie bisher, wird die Parteienlandschaft in vier Jahren noch ganz anders aussehen. Beide Koalitionsparteien sollten sich auf die neue Politik einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft einigen, die sich vom Neoliberalismus genauso wie vom Altsozialismus distanziert und den Durchbruch schafft für eine Humanisierung des Globalisierungsprozesses und eine internationale Wirtschaftsordnung, die nicht wie das jetzige kapitalistische System - siehe Kadus, Grohe, AEG, Telekom - über Leichen geht.“

¹ Artikel: Frankfurter Rundschau, 5. Nov. 2005 „Aufschrei der gequälten SPD-Seele“ von Heiner Geissler

**Montagstreff im ALZ- Iserlohn – Montag 18⁰⁰ Uhr
Piepenstockstr. 27, 58636 Iserlohn, Tel.: 02371 / 795250**

Internet: www.anti-hartz-buendnis-nrw.de

Montagsdemos in NRW: Aachen, Bielefeld, Bochum, Bonn, Bottrop, Castrop-Rauxel, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Gladbeck, Hagen, Hattingen, Herne, Herten, Höxter, Iserlohn, Köln, Leverkusen, Marl, Mülheim a.d.Ruhr, Münster, Neukirchen-Vluyn, Oberhausen, Recklinghausen, Solingen, Witten, Wuppertal, und weitere.
2005-11-21

Montagsdemo!

Weg mit Hartz IV

**Sie fangen da an, wo die andern
aufgehört haben!**

„Die Bundestagswahl war das Spiegelbild der seelischen Verfassung der Bevölkerung ... sie waren in Wirklichkeit eher Verzweifelte über eine Politik, die offensichtlich schon überfordert ist, unsinniges Lohndumping aus Osteuropa zu verhindern.“¹

„Im Angesicht von Ungeheuerlichkeiten offen zur Schau gestellter Raffgier ... warten ... Arbeitnehmern auf den nächsten Schlag aus den Konzernetagen, der sie in die Arbeitslosigkeit und anschließend, auch wenn sie 30 Jahre gearbeitet, Steuern- und Beiträge bezahlt und Kinder groß gezogen haben, mit Hilfe von Hartz IV auf die unterste Sprosse der sozialen Stufenleiter befördert, als ob sie in ihrem Leben nie einen Hammer in die Hand genommen hätten.“¹

Wer zockt eigentlich wen ab?

„Wenn beide Parteien so weitermachen wie bisher, wird die Parteienlandschaft in vier Jahren noch ganz anders aussehen. Beide Koalitionsparteien sollten sich auf die neue Politik einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft einigen, die sich vom Neoliberalismus genauso wie vom Altsozialismus distanziert und den Durchbruch schafft für eine Humanisierung des Globalisierungsprozesses und eine internationale Wirtschaftsordnung, die nicht wie das jetzige kapitalistische System - siehe Kadus, Grohe, AEG, Telekom - über Leichen geht.“

¹ Artikel: Frankfurter Rundschau, 5. Nov. 2005 „Aufschrei der gequälten SPD-Seele“ von Heiner Geissler

**Montagstreff im ALZ- Iserlohn – Montag 18⁰⁰ Uhr
Piepenstockstr. 27, 58636 Iserlohn, Tel.: 02371 / 795250**

Internet: www.anti-hartz-buendnis-nrw.de

Montagsdemos in NRW: Aachen, Bielefeld, Bochum, Bonn, Bottrop, Castrop-Rauxel, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Gladbeck, Hagen, Hattingen, Herne, Herten, Höxter, Iserlohn, Köln, Leverkusen, Marl, Mülheim a.d.Ruhr, Münster, Neukirchen-Vluyn, Oberhausen, Recklinghausen, Solingen, Witten, Wuppertal, und weitere.
2005-11-21

Auch die Schuldzuweisung ist nichts Neues!

Auszug aus dem Koalitionsvertrag vom 11.11.2005

(An diesem Tag ist „Karneval erwacht“ für die Rheinländer)

„1295 2.6 Grundsicherung für Arbeitsuchende (Hartz IV)

1370-1372

Wir werden dem Leistungsmissbrauch energisch und konsequent entgegenzutreten. Das trägt dazu bei, die Bereitschaft zum solidarischen Ausgleich in unserer Gesellschaft für die wirklich Bedürftigen auf eine verlässliche Basis zu stellen.

1376-1394

- CDU, CSU und SPD haben sich darauf verständigt, eine gesetzliche Grundlage dafür zu schaffen, dass Leistungsempfänger zur Teilnahme an einer Telefonabfrage verpflichtet werden, in der die aktuellen Lebenssituationen überprüft werden.
- Die schon jetzt bestehenden Möglichkeiten zum Datenabgleich sollen noch konsequenter genutzt werden. Wir werden daher die gesetzliche Grundlage für eine Erweiterung des Datenabgleichs schaffen, um auch im Ausland existierende Konten und Depots von Leistungsbeziehern aufzudecken.
- Gemeinsam mit den Ländern werden wir prüfen, ob die Einrichtung eines Außendienstes bei den Arbeitsgemeinschaften und den zugelassenen kommunalen Trägern vorgesehen werden soll.
- Jedem Antragsteller soll verdeutlicht werden, dass in der Grundsicherung für Arbeitsuchende das Prinzip „Fördern und Fordern“ vom Beginn der Antragsstellung an systematisch umgesetzt wird. Personen, die erstmals einen Antrag auf Leistungen stellen, sollen daher nach Prüfung der individuellen Situation Sofortangebote zur Aufnahme einer Beschäftigung oder Qualifizierung erhalten. Diese Maßnahmen können auch der Überprüfung der Arbeitswilligkeit dienen.“

Stasi – Methoden

Um eine gescheiterte Wirtschaftspolitik zu verschleiern müssen die herhalten, die am Ende der Gesellschaft stehen. Man hat mir mal in jungen Jahren beigebracht „**wer von anderen Schlecht denkt, ist selber schlecht**“. Dazu liefern die Führungskräfte in unserer wirtschaftspolitischen Landschaft genügend Beispiele. Das ein ALGII-Bezieher seine Lebensstrategie darauf ausrichtet „zu Überleben“, wird im nach jahrelangem Beitrag in die staatlich verordneten sozialen Sicherheitssysteme, hart angekreidet. Aber 345,- € die im zugestanden werden (ein Betrag unter der Armutsgrenze), lassen ihm nicht an dem gesellschaftlichen Leben teilnehmen.

Auch die Schuldzuweisung ist nichts Neues!

Auszug aus dem Koalitionsvertrag vom 11.11.2005

(An diesem Tag ist „Karneval erwacht“ für die Rheinländer)

„1295 2.6 Grundsicherung für Arbeitsuchende (Hartz IV)

1370-1372

Wir werden dem Leistungsmissbrauch energisch und konsequent entgegenzutreten. Das trägt dazu bei, die Bereitschaft zum solidarischen Ausgleich in unserer Gesellschaft für die wirklich Bedürftigen auf eine verlässliche Basis zu stellen.

1376-1394

- CDU, CSU und SPD haben sich darauf verständigt, eine gesetzliche Grundlage dafür zu schaffen, dass Leistungsempfänger zur Teilnahme an einer Telefonabfrage verpflichtet werden, in der die aktuellen Lebenssituationen überprüft werden.
- Die schon jetzt bestehenden Möglichkeiten zum Datenabgleich sollen noch konsequenter genutzt werden. Wir werden daher die gesetzliche Grundlage für eine Erweiterung des Datenabgleichs schaffen, um auch im Ausland existierende Konten und Depots von Leistungsbeziehern aufzudecken.
- Gemeinsam mit den Ländern werden wir prüfen, ob die Einrichtung eines Außendienstes bei den Arbeitsgemeinschaften und den zugelassenen kommunalen Trägern vorgesehen werden soll.
- Jedem Antragsteller soll verdeutlicht werden, dass in der Grundsicherung für Arbeitsuchende das Prinzip „Fördern und Fordern“ vom Beginn der Antragsstellung an systematisch umgesetzt wird. Personen, die erstmals einen Antrag auf Leistungen stellen, sollen daher nach Prüfung der individuellen Situation Sofortangebote zur Aufnahme einer Beschäftigung oder Qualifizierung erhalten. Diese Maßnahmen können auch der Überprüfung der Arbeitswilligkeit dienen.“

Stasi – Methoden

Um eine gescheiterte Wirtschaftspolitik zu verschleiern müssen die herhalten, die am Ende der Gesellschaft stehen. Man hat mir mal in jungen Jahren beigebracht „**wer von anderen Schlecht denkt, ist selber schlecht**“. Dazu liefern die Führungskräfte in unserer wirtschaftspolitischen Landschaft genügend Beispiele. Das ein ALGII-Bezieher seine Lebensstrategie darauf ausrichtet „zu Überleben“, wird im nach jahrelangem Beitrag in die staatlich verordneten sozialen Sicherheitssysteme, hart angekreidet. Aber 345,- € die im zugestanden werden (ein Betrag unter der Armutsgrenze), lassen ihm nicht an dem gesellschaftlichen Leben teilnehmen.